

FREIE WÄHLER – Rathausplatz 2-4 – 79098 Freiburg

Stadt Freiburg  
Herrn Oberbürgermeister  
Martin Horn  
Rathausplatz 2-4  
79098 Freiburg

Stadtratsfraktion

Rathausplatz 2-4  
79098 Freiburg  
Telefon: 0761 – 201.1850  
[fraktion@freie-waehler-freiburg.de](mailto:fraktion@freie-waehler-freiburg.de)  
[www.freie-waehler-fraktion-freiburg.de](http://www.freie-waehler-fraktion-freiburg.de)

per E-Mail an:  
[hpa-ratsbuero@stadt.freiburg.de](mailto:hpa-ratsbuero@stadt.freiburg.de)

Freiburg, 14.10.2019

**Anfrage nach § 24 Abs. 4 GemO zu Sachthemen außerhalb von Sitzungen,  
hier: Instandsetzungsgebot Auggener Weg 2 bis 6**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Horn,

im Zusammenhang mit der Berichterstattung der Badischen Zeitung am Samstag, den 12. Oktober 2019, möchte unsere Fraktion Folgendes anfragen.

Bereits mehrfach, zuletzt durch die zitierte Berichterstattung der Badischen Zeitung, wurden wir davon in Kenntnis gesetzt, dass die Firma Vonovia ihren Wohnungsbestand, vor allen die Häuser im Auggener Weg 2 bis 6 verkommen lässt, was zum Teil zu unhaltbaren Zuständen führt.

Neben den bestehenden baurechtlichen und ordnungsrechtlichen Vorschriften, die unmittelbar ein Einschreiten der zuständigen Behörden rechtfertigen, aber auch erfordern, bietet vor allem das Baugesetzbuch in den Vorschriften des § 177 BauGB eine bisher in Freiburg nicht, oder nur selten genutzte Möglichkeit, Eigentümer mit einem Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot zu verpflichten. Unsere Fraktion bittet daher um die Beantwortung folgender Fragen.

1. Welche Maßnahmen wurden bisher ergriffen, um den Wohnungseigentümer Vonovia zu veranlassen, geltende Rechtsvorschriften einzuhalten? Dies gilt sowohl hinsichtlich der Belastung mit Legionellen im Trinkwasser, als auch im Hinblick auf die Einhaltung sonstiger bauordnungsrechtlichen und sonstigen sicherheitsrelevanter Vorschriften.
2. Sieht die Verwaltung Möglichkeiten dem Wohnungseigentümer Vonovia mit einem Instandsetzungsgebot dazu zu veranlassen, in den Bestand der Freiburger Mietwohnungen zu investieren?
3. Kann sich die Stadtverwaltung vorstellen bei der Landesregierung vorstellig zu werden, um ein bereits vor Jahren ins Gespräch gebrachtes Wohnungsaufsichtsgesetz, nach dem Vorbild anderer Bundesländer (z.B. Nordrhein-Westfalen, Hessen), zu erlassen und zu verabschieden?


Unsere Fraktion ist sich natürlich darüber im Klaren, dass ein Instandsetzungsgebot an streng gesetzlichen Vorgaben gebunden ist. Dennoch sind wir der Meinung, dass die Verwaltung nunmehr deutlich zeigen sollte, dass sie bereit ist, durch entsprechende Instandhaltungsgebote, Eigentümer - vor allem von Mietwohnungen - in die Pflicht zu nehmen.

Wir bedanken uns für eine zeitnahe Antwort.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Johannes Gröger  
Fraktionsvorsitzender Freie Wähler



Kai Veser  
Stadtrat Freie Wähler



Claudia Feierling  
Stadträtin Freie Wähler